

SCHRIFTENREIHE VOLK UND ZEIT

*SOZIALISTISCHE
WIRTSCHAFTSPOLITIK*

VON

DR. VICTOR AGARTZ

39117

— VERLAG VOLK UND ZEIT, KARLSRUHE

*SOZIALISTISCHE
WIRTSCHAFTSPOLITIK*

VON

DR. VICTOR AGARTZ

A39117

PV14594

*Friedrich-List-Bibliothek
Bibliothek*

Klein...

**Veröffentlicht von W. Beisel unter der Lizenz US-W 1062 der Nachrichten
Kontrolle der Militärregierung**

Verlagsanschrift: Verlag VOLK UND ZEIT, KARLSRUHE, Waldstr. 28, Tel. 9550

B. P. 6. 46. 10000

Mit dem militärischen Zusammenbruch ist die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Ursachen, die zur Herrschaft des Nationalsozialismus, zum zweiten Weltkrieg und zum Zusammenbruch Deutschlands geführt haben, ergeben sich aus einer Entwicklung, die seit Jahren Gegenstand von erkenntniskritischen Untersuchungen der sozialistischen Wissenschaft war und die in ihrem grundsätzlichen Ablauf den wissenschaftlichen Ergebnissen entsprochen hat.

Das Zeitalter des Imperialismus wurde von den Sozialisten stets als ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus bezeichnet. Die gesamte Wirtschaft nahm monopolistisch-parasitäre Formen an. An die Stelle des freien Unternehmers als der beherrschenden Gestalt der freien Wirtschaft traten Kartelle, Syndikate und Truste. Die Wirtschaftslage der großen Staaten wurde von wenigen Großbanken beherrscht, und mächtige, internationale Kartelle begannen mit der Neuaufteilung der Welt und leiteten damit den Auflösungsprozeß der Nationalstaaten ein. Monopolistische Expansionen bestimmten den internationalen Waren- und Kapitalverkehr. Die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch das Finanzkapital führte zu wirtschaftlichen Kämpfen, die jeden Augenblick ins Politische umschlagen konnten.

Aus dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des ersten Weltkrieges hatte sich Deutschland schon nach wenigen Jahren zu einem Kapitalismus erhoben, der sich auf imperialistischer Grundlage reorganisiert hatte. In der Weltpolitik trat es mit wachsender Aktivität und Selbständigkeit auf. Auf wirtschaftlichem Gebiet schritt der Monopolisierungsprozeß weiter fort und führte in gewissen Produktionszweigen, wie Stahl, Eisen und Chemie, zu absoluten Monopolen. Ein ständig wachsender Kapitalexport ging die Straßen teils des alten deutschen Vorkriegsimperialismus, teils auch neue Wege. Der besondere Charakter des deutschen Nachkriegsimperialismus war dadurch gekennzeichnet, daß er an der durch den ersten Weltkrieg vorgenommenen Aufteilung der Welt nicht teilgenommen hatte. Eine dauernd expansive Weiterentwicklung des deutschen Imperialismus mußte daher zur wesentlichen Verschärfung der Gegensätze führen.

Der erste Weltkrieg hatte den Nationalismus in Europa als überholte historische Kategorie bewiesen. In voller Mißachtung dieser Erkenntnisse wurde die Neuordnung der Welt durchgeführt, die Zahl der Nationalstaaten erheblich vermehrt und durch die Steigerung der Zoll- und Verkehrs-schranken der nationale Egoismus und die Blindheit gegenüber den dem Kapitalismus immanenten Gesetzen erheblich verschärft.

Die Ausweglosigkeit des deutschen Kapitalismus, der Mangel an Ventilen im Sinne einer kapitalistischen Lösung von Kriegerscheinungen, wie sie

den übrigen kapitalistischen Staaten in Dominien, Protektoraten und Kolonien noch zur Verfügung stehen, mußte auf die Dauer zu einer neuen wirtschaftlichen Erschütterung Deutschlands führen. Die Aufrüstung dieser ungeheuren negativen Konsumentation war vollendet, der Weg des weiteren Druckes auf die Reallöhne der Werktätigen aber kein ausreichendes Mittel mehr, der drohenden Krise zu entgehen.

In dieser Lage hat die herrschende Klasse in Deutschland, die ihre neuen Waffen bereits im Todeskampf der spanischen Demokratie erprobt hatte, den kriegerischen Ausweg gewählt. So sehr heute die Welt entsetzt ist über die Greuel und Verbrechen aller derer, die in Nürnberg auf der Anklagebank sitzen, so fehlt auf dieser Anklagebank ein System und seine Dynamik, und somit fehlt diesem Prozeß das entscheidende Relief. Die Folgerungen aus dieser Dynamik des kapitalistischen Systems ergeben sich zwangsläufig, und zwar hin zu einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Sofort mit klarem Ziel.

Der deutsche Einfluß an der Gestaltung dieser Wirtschaftsordnung ist heute noch gering. Noch werden die Struktur und der Verlauf der deutschen Volkswirtschaft von den Besatzungsmächten bestimmt. Es ist aber die Aufgabe der Sozialdemokratie, Grundsätze und Richtlinien zu zeigen, diese Wirtschaft in einem dem deutschen Volk gemäßen Stil von Grund auf zu erneuern. Die deutsche Wirtschaft liegt zerstört am Boden. Ihre Reste und Teilbestände sind einer völlig desorganisierten Marktordnung eingegliedert. Trotz dieses Trümmerfeldes sieht die Sozialdemokratie keinen Grund gegen eine alsbaldige Neugestaltung des Geistes und der Verfassung der deutschen Volkswirtschaft. Nur mit einem klaren, neuen Ziel vor Augen kann der wirtschaftliche Wiederaufbau gelingen.

Die Partei lehnt daher jene Ansicht ab, die nach dem ersten Weltkrieg auch in ihren eigenen Reihen geäußert wurde, daß ein Scherbenhaufen nicht sozialisiert werden könne. Mit dieser Auffassung steht sie in voller Uebereinstimmung mit der neueren marxistischen Forschung.

Die bürgerlichen Revolutionen haben mit der Erklärung der Grundrechte und staatsrechtlichen Befreiung des Individuums aus einer feudalistischen Hörigkeit geendet. Die wirtschaftliche Unfreiheit blieb aber bestehen, weil der rechtlich freie, aber besitzlose Arbeiter allein auf die Verwertung der eigenen Arbeitskräfte angewiesen war.

Ihm gegenüber stand der Besitz und das Klassenmonopol an Produktionsgütern. Somit ergab sich eine unterschiedliche Machtstellung im wirtschaftlichen Vertragsverhältnis. Es ist die Aufgabe der sozialistischen Epoche, neben der rechtlichen auch die wirtschaftliche Freiheit durchzusetzen.

Jeder Deutsche ist sich bewußt, daß die Beseitigung des heutigen Trümmerfeldes nur die Arbeit aller sein kann. Die SPD lehnt es aber ab, über diese Gemeinsamkeit der Aufgaben und über die Einigkeit zum Wiederaufbau

nur zu reden, ohne ernsthafte Anstrengungen auf allen Seiten, die offenkundigen sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen als wichtigste Vorbedingung dieser Einigkeit.

Die Bereinigung der sozialen Fragen ist keineswegs bedeutungslos geworden, weil die jetzige Not allgemeiner und weil großer Besitz im Kriege vernichtet und weil die Einkommenpyramide flacher geworden ist. Sicherlich ist die Not größer geworden und auf weitere Teile des Volkes ausgedehnt worden. An dieser Art Gleichheit aber liegt der Sozialdemokratie nichts. Diese Not macht die Grundsätzlichkeit unserer Forderungen nur dringender. Das hat mit einer Schürung des Klassenhasses nichts zu tun.

Sie will im Gegenteil die Gegensätzlichkeit der Klassen durch eine gerechte soziale und wirtschaftliche Verfassung beseitigen. Ohne dem ist kein neuer Aufbau möglich. Der Neuordnung würde die entscheidendste Voraussetzung fehlen.

Sie muß alle Vorrechte beseitigen, die bestimmten Gruppen des Volkes auf Grund des Besitzes oder der Geburt gewährt werden, der breiten Masse der anderen Volksangehörigen aber verschlossen bleiben. Außer den historisch gewordenen sozialen Unterschieden mit ihren laufenden Störungen des sozialen Lebens ist das kapitalistische System mit erheblichen funktionellen Systemfehlern behaftet, die seine Ueberwindung zur unabweisbaren Notwendigkeit machen.

Die kapitalistische Verkehrswirtschaft bietet im Gegensatz zu ihren wissenschaftlichen Interpreten keine Gewähr gegen eine Wiederkehr krisenhafter Störung, keine Gewähr gegen imperialistische Tendenzen, weil diese ihr immanent sind, und keine Gewähr gegen faschistische Entwicklung. Im Gegenteil, die Krisen haben mit der Entwicklung vom Früh- über Hoch- zum Spätkapitalismus an Heftigkeit und Ausdehnung zugenommen.

Dabei ist diese Verkehrswirtschaft mit ihrem modernen Geld- und Kreditsystem selbst nicht in der Lage, die Kräfte zur selbsttätigen Ueberwindung dieser Krisen freizumachen. Ohne zentralen Eingriff können die jeweilig eintretenden Schäden nicht behoben werden.

Gewinnstreben und staatliche Planung.

Das System der kapitalistischen Industriewirtschaft ist im Laufe der Zeit zunehmend mit monopolistischen Gebilden der verschiedensten Form durchsetzt worden. Heute kennzeichnen Truste, Konzerne und Kartelle seinen Charakter.

Es war das ursprünglichste wirtschaftliche Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft, durch freie Konkurrenz auch im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Nutzens in ununterbrochenem Zwang eine Senkung der realen Produktionskosten herbeizuführen. Diese ursprüngliche freie Konkurrenz mit Hilfe des technischen Fortschrittes bedrohte den nicht hin-

reichend anpassungsfähigen Unternehmer mit dem Risiko des Vermögensverlustes.

Durch die monopolistischen Wirtschaftsgebilde ist dieses wirtschaftliche Konkurrenzprinzip mehr und mehr zurückgegangen.

Es ändert an den funktionellen Fehlern des Systems nichts, daß diese Monopolorganisationen in erster Linie eine Folge der zunehmenden Kapitalintensität waren und nicht so sehr ein Schutz vor betriebsbedingten Verlusten. Die privaten Monopolgebilde setzen im marktwirtschaftlichen Verkehr eine Monopolrente durch und bringen damit einen zusätzlichen Teil des Sozialprodukts an sich.

Für diese zusätzliche Monopolrente haben sie jedoch keinen Anspruch, weder als Entgelt für ihren Kostenaufwand, noch als Gegenwert für unternehmerische Leistungen. Dieser zusätzliche Anspruch kann daher gesamtwirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden. In volkswirtschaftlicher Hinsicht wird diese gegenwertlose Monopolrente aufgebracht, nicht nur von den unselbständigen Arbeitnehmern, sondern auch von allen nicht monopolistisch organisierten Produzenten, vor allem aber von den Bauern, Handwerkern, kleinen Industriellen und freien Berufstätigen.

Mit der Beseitigung des Konkurrenzprinzips und mit der Bildung des Monopolkapitalismus wurde aus dem Preiskampf ein Preisdiktat, aus dem Marktgesetz ein Marktdekret, aus dem ursprünglich natürlichen Wettbewerb eine Vereinbarung auf Kosten Dritter, aus einem Kampf um den Kunden ein Kampf gegen den Kunden, und aus der Produktionsausdehnung eine Produktionsdrosselung.

Die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit des einzelnen Menschen und ebenso die Beseitigung der den Fortschritt hemmenden Fehler im System der kapitalistischen Wirtschaft kann nicht erfolgen, indem man lediglich in die volkswirtschaftlichen Verteilungsvorgänge eingreift.

Diese Ungerechtigkeiten und Fehler sind in erster Linie mit der kapitalistischen Organisation der Erzeugung verknüpft. Ohne grundsätzlichen Eingriff in diese Organisationen können die vorhandenen Fehler nicht beseitigt werden.

Deshalb ist es erforderlich, daß ein bestimmender zentraler Einfluß auf Umfang und Richtung der Produktion erzielt wird. Notwendig ist ebenfalls eine zentrale Beherrschung des Standes der Beschäftigung als auch ein entscheidender Einfluß auf die Größe und Zusammensetzung des zu verteilenden Sozialprodukts. Diese Forderung enthält keineswegs die Ablehnung einer einzelnen wirtschaftlichen unternehmerischen Betätigung. Unternehmerische Initiative bedeutet nicht schlechthin die Herstellung eines unzulässigen Klassenprivilegs. Nur unter der Herrschaft bestimmter Formen der sozialen und Wirtschaftsverfassung, der Einkommen- und Besitzverteilung, ist diese unternehmerische Betätigung abzulehnen.

Sind diese Formen kapitalistisch und bewegt sich diese Betätigung auf unkontrolliert sich selbst überlassenen Märkten, dann wird das Privateigentum an Produktionsmitteln zum sozialen Unrecht. Und an diesen besonderen

Bedingungen entsteht auch ein Mißverhältnis zwischen den Teilen des Volkseinkommens, das vorwiegend Verbrauchszwecken dienen soll, und dem anderen Teil des Volkseinkommens, das der Schaffung neuer Anlagen dient.

Wir alle erkennen dieses Mißverhältnis aus den Untersuchungen über das Absinken der Lohnquote. Die Sozialdemokratie bekämpft daher keineswegs die unternehmerische Initiative als solche, im Gegenteil, sie fördert sie in allen Formen, die nicht zur Entstehung neuen sozialen Unrechts führen. Sie wünscht eine Steigerung aller wirtschaftlichen Energien und ist bereit, alle jene Kräfte zu unterstützen und zu fördern, die das Risiko der wirtschaftlichen Unternehmung auf eigene Rechnung nehmen und die gewillt sind, unter voller Haftung des eigenen Vermögens dieses Risiko zu tragen. Sie lehnt jedoch jede private Machtballung ab.

Ueber den Umfang, über die Richtung und über die Verteilung der Produktion darf zukünftig nur noch der demokratische Rechtsstaat entscheiden. An die Stelle des privatkapitalistischen Gewinnstrebens hat die staatliche Planung zu treten als Hauptregulator der neu zu errichtenden Wirtschaft.

Höchstleistungen an Qualitätsarbeit.

Diese staatliche Planung kann nicht ersetzt oder überflüssig gemacht werden — wie vielfach die Auffassung vorherrschend ist — durch ein noch so weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben. In den Betrieben können immer nur einzelne wirtschaftliche Teilpläne zustande kommen, niemals aber ein volkswirtschaftlicher Gesamtplan. Auf einen solchen Gesamtplan kommt es aber zur Ueberwindung der kapitalistischen Systemfehler an.

In der Führung der Wirtschaft muß der Kapitalismus abgelöst werden. Diese Ablösung kann ebenfalls nicht ersetzt werden durch einzelne wirtschaftlich gebundene Arbeitervertreter in den Betrieben, sondern nur durch die aus allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl hervorgegangenen Repräsentanten der gesamten im Staat verbundenen Gesellschaft.

Diese sozialistische Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat hat die folgenden sittlichen Hauptforderungen zu erfüllen:

- a) die Elementarbedürfnisse aller Mitglieder des Staates sind in der Rangfolge ihrer naturgegebenen Dringlichkeit sicherzustellen;
- b) jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitglied muß jederzeit eine Arbeitsmöglichkeit eröffnet werden;
- c) grundsätzlich ist die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes ein unabdingbarer Bestandteil der ökonomischen Freiheit jedes einzelnen Menschen;
- d) ein Anteil am gesamten Sozialprodukt kann zukünftig ohne produktive Gegenleistung nur dem noch nicht oder nicht mehr Arbeitsfähigen gewährt werden.

Das zukünftige Ziel der Produktion nach Ueberwindung der durch den

Krieg verschuldeten Not ist nicht das technisch erreichbare Maximum an materiellen Gütern, ist insbesondere nicht eine Leistungssteigerung bis zur äußerst gesteigerten Investition.

Das Ziel der Produktion muß künftig sein: eine Versorgung der Bevölkerung ohne neue Gefährdung ihrer Existenz mit dem höchstmöglichen Maß an Befriedigung in der Arbeit. Nicht ein Maximum, sondern ein Optimum an Versorgung soll angestrebt werden.

Die deutsche sozialistische Volkswirtschaft wird bei dieser Zielsetzung sich im Einklang befinden mit allen denjenigen Ländern, die gleichfalls nicht mehr bereit sind, zu Rüstungszwecken zu investieren.

Die durch den Krieg gerissenen Lücken machen es notwendig, daß in erster Linie die Erzeugung von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern im Vordergrund steht, nicht aber die Erzeugung von Anlagegütern. Die Sozialdemokratie lehnt daher auch alle Formen der industriellen Werkätigkeit ab, die Arbeit in den Betrieben zum Zweck einer erhöhten Investitionstätigkeit weitgehend zu schematisieren, wie das im Nationalsozialismus, insbesondere in der Rüstungswirtschaft, der Fall war, und die jede Freude an der Arbeit und an ihrem Erzeugnis ersticken ließ.

Die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes erfordert Höchstleistungen an Qualitätsarbeit. Insbesondere während des Krieges sind aus dem Bedürfnis der Kriegswirtschaft die Arbeitsprozesse weitgehend vereinfacht worden in dem Bestreben, den Facharbeiter entbehrlich zu machen. Für die zukünftige deutsche Wirtschaft kommt es aber gerade darauf an, durch planmäßige Förderung fachlicher Leistungen die notwendigen Voraussetzungen für die Lebensexistenz des Volkes zu schaffen.

Bei den Methoden zur Verwirklichung der sozialistischen Planwirtschaft dürfen die Erfahrungen nicht übersehen werden, die im letzten Menschenalter bei den Versuchen zur schrittweisen Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in allen fortschrittlichen Ländern gesammelt worden sind.

Besonders darf die Ueberführung von betrieblichen Unternehmungen auf die öffentliche Hand nicht mehr als das alleinige, sondern nur noch als ein Mittel neben anderen zur Bestimmung von Umfang, Richtung, Verteilung der Produktion angesehen werden.

In bestimmten Wirtschaftszweigen ist sicherlich die Uebernahme des Betriebes in öffentliche Regie der beste Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles, in anderen Wirtschaftszweigen dagegen vorläufig nicht oder sogar überhaupt nicht.

In der sozialistischen Planwirtschaft sieht die SPD nicht einen Selbstzweck. Sie fordert daher die Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das jeweils erforderliche Maß. Ganz allgemein gesehen müssen die groben und provisorischen Methoden der kriegswirtschaftlichen Steuerung durch wissenschaftlich durchdachte Methoden, auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen, ersetzt werden.

Es dürfen insbesondere Löcher nicht dadurch gestopft werden, daß an anderer Stelle neue aufgerissen werden. Unter Einbau marktwirtschaft-

licher Elemente des Wettbewerbes muß die Planung unbeschadet ihres umfassenden Charakters mehr und mehr zu den Methoden der indirekten Lenkung übergehen. Wenn auch nicht in allen Fällen auf Gebote und Verbote verzichtet werden kann, so sollen im Bereiche der Enderzeugung und der Endverteilung möglichst alle mittelbar wirkenden Methoden der Marktbeeinflussung angewendet werden.

Die weitgehend dezentralisierte Planungs- und Lenkungsarbeit muß dabei immer von unten nach oben gehen. Dabei sind die Bedürfnisse und Erfahrungen der einzelnen Landschaften und örtlichen Wirtschaftsbezirke und der einzelnen Wirtschaftszweige ausreichend zu berücksichtigen.

Die Investitionstätigkeit ist zukünftig ausschließlich dem Staat zur vollständigen Kontrolle zu überantworten. Diese Kontrolle hat auf der Grundlage langfristiger zentraler Planung zu erfolgen. Die staatliche Steuerung der Produktion muß daher im Investitionsbereich wesentlich umfassender und tiefgreifender gestaltet werden als im Bereich der Verbrauchsgüterwirtschaft.

Ein besonders wirksames und zugleich elastisches Mittel der zentralen Steuerung der Investition ist die Kreditpolitik. Bei dem völligen Mangel an Kapital kann der neue Aufbau der Wirtschaft nur mit Hilfe staatlicher Kredite vollzogen werden. Kapitalinvestierung und Kreditpolitik liegen daher ausschließlich im Bereich der staatlichen Planung. Art und Umfang der Finanzierung haben sich nach den Erfordernissen der Vollbeschäftigung zu richten.

Ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Verteilung des Sozialproduktes ist neben der Steuerpolitik die Lohn- und Preispolitik. Diese darf daher nicht nur im Investitionssektor, sondern auch gerade im Verbrauchssektor voll wirksam sein.

Die staatliche Einkommenpolitik muß eine gerechte Verteilung des Ertrages der volkswirtschaftlichen Arbeit gewährleisten, wobei die Höhe der Einkommen auf das zur Anspornung der Leistung erforderliche Maß festgesetzt wird. Jedem Volksangehörigen muß ein ausreichender Anteil an den lebenswichtigen Gütern gesichert sein.

Selbstverwaltung der Wirtschaft.

Neben der Beachtung der Einkommenpolitik von der steuerlichen Seite her, kommt dieser auch eine besondere Bedeutung zu als Lenkungsmittel zur Durchführung gelegentlich notwendiger Wirtschaftsprogramme.

Die Löhne und Gehälter sind wichtigste Kostenelemente der Produktion und können daher bei der staatlichen Planung nicht übersehen werden.

Es ist dabei selbstverständlich, daß auf eine mitwirkende Tätigkeit der Gewerkschaften hierbei nicht verzichtet werden kann.

Auch eine wirtschaftliche Selbstverwaltung ist in einer sozialistischen Planwirtschaft unentbehrlich. Diese Selbstverwaltung muß jedoch demokratisch aufgebaut sein.

Für die Wirtschaftsbereiche der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft usw. sind — soweit noch nicht vorhanden — getrennte Kammern zu bilden. Diese Kammern dürfen jedoch zukünftig keine reinen Unternehmerzusammenschlüsse mehr sein. Sie müssen vielmehr so besetzt werden, daß auch in gleicher Weise die Interessen der in den Unternehmungen unselbständig Arbeitenden vertreten sind.

Diese Kammern werden damit Repräsentanten aller in den Betrieben auf einem bestimmten Wirtschaftssektor berufstätigen Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft. Diese Kammern sind dann regional in Kammerorganisationen zusammenzufassen und erscheinen in dieser regionalen Kammerorganisation als geeignete Grundlage, die staatliche Planungs- und Lenkungsarbeit wirksam durch beratende Tätigkeit zu unterstützen.

Selbstverständlich ist ebenso, daß das Wahlverfahren und die Satzung durch den demokratischen Rechtsstaat verbindlich festgelegt werden muß.

Zur Wahrung der Betriebsinteressen einer Wirtschaftsbranche können Fachverbände auf freiwilliger Grundlage geschaffen werden.

Die wirtschaftlichen Interessen der in den Betrieben tätigen Arbeitnehmer können nur kollektiv über die Gewerkschaften wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden.

Wir weisen dieser Organisation der Selbstverwaltung zwar keine Hoheitsaufgaben zu. Es obliegt ihr aber die Pflicht, die staatliche Wirtschaftsverwaltung durch Beratung zu unterstützen. Zur Wahrnehmung allgemeiner Verbraucherinteressen bilden die Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der Konsumgenossenschaften die geeigneten Organisationen.

Die Sozialdemokratie lehnt daher als ungerecht und insbesondere für die heutige Lage des deutschen Volkes als ungeeignet ab:

- a) den Liberalismus in seiner ursprünglichen Form, der dem Privatunternehmer ein vermeintliches Naturrecht auf ungehemmte Wirtschaftstätigkeit auf sich selbst überlassenen Märkten zuspricht, die weder vom Staate direkt noch indirekt gelenkt werden;
- b) den Monopolkapitalismus mit imperialistischen Tendenzen, der zugleich zu gewichtslosen Märkten führt und das Bestreben hat, die öffentliche Gewalt zugunsten der privaten Macht in den Hintergrund zu verdrängen;
- c) den Ständestaat, der die Staatssouveränität aushöhlt, alle dynamischen Kräfte des Wirtschaftslebens unterbindet und sie in eine starre Ordnung zwingt;
- d) einen zentralistischen Staatskapitalismus in Form der marktlosen Wirtschaft. Eine Wirtschaftsform, die immer die Neigung hat, zu einer bevormundenden Diktatur zu werden;
- e) den im Entstehen begriffenen Neu-Liberalismus, der die Bedeutung des Gewinnstrebens und des Wettbewerbes überschätzt, der die Unvermeidlichkeit der Verbrauchslenkung in jeder modernen Volkswirtschaft verkennt und damit praktisch sämtliche Verbraucher der Bevormundung durch das Gewinninteresse privater Unternehmer ausliefert.

Die SPD sieht es — unbeschadet der Anerkennung echter unternehmerischer Leistungen auf einzelwirtschaftlicher Grundlage — als ihre besondere Aufgabe an, alle diejenigen Bestrebungen zu fördern, die zu einer unmittelbaren, auf das Gemeinwohl gerichteten gemeinnützigen Wirtschaftsbetätigung führen. Sie setzt sich daher ein für eine unbefangene Würdigung der unternehmerischen Leistungen aller öffentlichen Unternehmungen und verlangt deren Fortentwicklung im sozialistischen Geist.

Die Leistungen dieser Unternehmungen, die vielfach den Einflüssen kapitalistischen Denkens ausgesetzt waren, und auch heute noch sind, müssen dem sozialistischen Dienstgedanken unterstellt werden. Wo die öffentliche Unternehmung am Platze erscheint, ist grundsätzlich nach dem Prinzip der Dezentralisation zu verfahren. Unternehmungen mit lediglich lokalen Betriebsaufgaben sind der lokalen Gebietskörperschaft zu unterstellen. Unternehmungen mit regionalen Betriebsaufgaben hat die regionale Gebietskörperschaft als Träger zu wählen.

Die Sozialdemokratie wird mit besonderem Nachdruck alle Bestrebungen fördern, die zu einer freien, nicht vom Staate befohlenen Verbindung wirtschaftlicher Kräfte im Sinne der Bildung von auch geistig verbundenen freien gemeinnützigen Wirtschaftsgemeinschaften drängen. Sie tritt daher für eine starke Ausbreitung und eine Kräftigung aller Genossenschaften und verwandter anderer Verbindungen der Erzeuger und Verbraucher ein. Die Sozialdemokratie sieht in diesen Formen einer Sozialisierung von unten einen besonderen, dem deutschen Volk angemessenen Wirtschaftsstil.

Weder der deutsche Arbeiter, noch der Handwerker, noch der Bauer werden ohne genossenschaftlichen Zusammenschluß in der Lage sein, die vor ihnen liegenden großen wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß auch die kleineren und mittleren Einzelunternehmungen sich mehr und mehr zur Uebertragung geeigneter Funktionen ihrer Betriebe zu genossenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften entschließen werden. Sie wird diese Form des Zusammenschlusses nachdrücklich fördern.

Reifegrade der Sozialisierung.

Der Groß- oder Mammutbetrieb hat sich weder im In- noch im Ausland als allgemein überlegen erwiesen. Insbesondere nicht bei der Anwendung neuester betriebstechnischer Entwicklungsformen und in der Schaffung hochwertiger individueller Verbrauchsgüter.

Die Chancen, die sich hieraus für die kleineren und mittleren Unternehmungen ergeben, sind planmäßig wahrzunehmen. Weil in diesen kleinen und mittleren Betrieben jeder einzelne Mitarbeiter in verhältnismäßig großem Maße an der Gesamtleistung des Betriebes teilnimmt und mit dem Gesamtschicksal des Unternehmens verbunden ist, wird auf diese Weise der Vorzug des kleinen und mittleren Betriebes mit seiner individuellen Arbeit einer möglichst großen Zahl von Werktätigen zugute kommen.

Die Sozialdemokratie fordert somit eine Beurteilung des Erfolges der Unternehmungen nicht nach den bisherigen Maßstäben. Dieser Maßstab ist allein das Verhältnis vom Wert der Erzeugnisse zu den in Zahlen ausdrückbaren Kosten. Wesentlicher ist die nicht in Zahlen meßbare Leistung für das Leben der Wirtschaftsgesellschaft und das Wohlbefinden aller Mitarbeiter und die ebenfalls zahlenmäßig nicht meßbaren Opfer, die das Unternehmen der Wirtschaftsgesellschaft und den Mitarbeitern auferlegt.

Die Sozialdemokratie fordert eine solche Ausbildung der Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer, Betriebsingenieure und der in der Wirtschaftsverwaltung tätigen Beamten, daß sie sich den Aufgaben einer derartigen sozialistischen Methode der Erfolgsermittlung voll gewachsen zeigen.

Diese Prüfungen sind als regelmäßige, alle Gesichtspunkte zusammenfassende Pflichtprüfungen bei sämtlichen Unternehmungen durchzuführen.

Innerhalb der einzelnen Unternehmungen ist die demokratische Mitwirkung an der Regelung der betrieblichen Fragen und an der Mitwirkung an Fragen des Unternehmens zu gewährleisten. Bei privaten Großunternehmen, insbesondere bei privaten Kapitalgesellschaften ohne Unterschied ihrer Größe ist eine Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat des Unternehmens gesetzlich vorzuschreiben.

Ob eine Kapitalgesellschaft vorliegt, entscheidet nicht allein die Rechtsform, sondern die wirtschaftliche und soziale Tatsache. Für Unternehmungen dieser Art, für die ein Aufsichtsrat gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, muß die Mitwirkung von Vertretern der Gewerkschaft in geeigneter anderer Weise sichergestellt werden.

In der spätkapitalistischen Wirtschaft haben sich monopolistische Formen der Marktbeherrschung besonders weitgedehnt und in den Grundstoffindustrien durchgesetzt. Die starke Kapitalintensität und das damit gegebene überdurchschnittliche konjunkturelle Verlustrisiko begünstigte diese monopolistische Entwicklung.

Grundstoffindustrie und öffentliche Betriebe.

Die spezielle Eignung der Grundstoffe zur kartellmäßigen Behandlung ermöglichte diese monopolistischen Formen. Damit ist aber die Grundstoffindustrie im besonderen Grade geeignet für eine Uebernahme durch die öffentliche Hand. Im Hinblick auf die ausgesprochen nationalistische und kriegstreiberische Rolle der schwerindustriellen Unternehmer in Deutschland der letzten hundert Jahre, ist die völlige Uebernahme der Grundstoffherzeugung in die öffentliche Hand auch politisch eine unabweisbare Notwendigkeit.

Eine derartige Uebernahme ermöglicht zugleich den wirtschaftlichen notwendigen weitreichenden staatlichen Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Investitionstätigkeit. Die Betriebe des Bergbaues, d. h. Kohlen, Erze, Erdöl und Kali, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Eisen- und Stahlbearbeitung bis zum Halbzeug, der NE-Metallerzeugung und der Zement-

gewinnung, aber auch der synthetischen Erzeugung von Ammoniak, Treibstoffen und Kautschuk sowie der Zellstoff- und Zellwolle-Produktion sind daher in öffentliche Regie zu überführen.

Die öffentliche Versorgungswirtschaft, d. h. Strom, Gas und Wasser, kann ihrer ganzen Natur nach nur monopolistisch betrieben werden. Sie befindet sich bereits zum größten Teil in kommunaler oder staatlicher Regie. Soweit dies nicht der Fall ist, muß die Uebernahme ausstehender Anteile noch durchgeführt werden. Konzessions-Verträge der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmungen stellen für sie keinen ausreichenden Ersatz dar.

In der verarbeitenden Industrie wird die Organisation der Erzeugung überall dort zu einem besonderen Problem, wo die bestmögliche Versorgung der Verbraucher zur kapitalintensiven Massenproduktion in einigen wenigen großen Unternehmungen drängt, wie beispielsweise im Kraftzeugbau.

Die Frage, ob öffentliche, freigemeinnützige oder private Unternehmungen, tritt hier an Bedeutung zurück hinter dem Erfordernis, die vorhandenen Großbetriebe bei strenger Kontrolle der Löhne und Preise zu einem ständigen Wettbewerb um Qualitätsverbesserung und Kostensenkung durch technischen Fortschritt zu zwingen.

Unter Umständen kann dies mit besonderem Erfolg durch staatliche Produktionsauflagen geschehen. In jedem Fall bedarf die Kapazitätsbemessung dieser Betriebe der straffsten Lenkung durch die staatliche Wirtschaftsverwaltung.

Staatliche Produktionsauflagen können auch ein wichtiges Steuerungs- und Antriebsmittel in der Fertigwarenindustrie mit geringerer Kapitalintensität sein. In diesem Bereich bietet das im Wettbewerb stehende private Unternehmen noch immer den Vorteil der größeren Anpassungsfähigkeit an Verbraucherwünsche und technischen Fortschritt, sofern es strenger Lohn- und Preiskontrolle unterworfen ist.

In dem Maße, in dem sich jedoch eine Tendenz zu monopolistischer Marktbeherrschung durchzusetzen beginnt, wächst auch hier die Sozialisierungsreife.

Inwieweit in der Verbrauchsgüterherstellung die privatwirtschaftliche Produktionsweise im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft noch sinnvoll und tragbar erscheint, bemißt sich nach der Bereitschaft, die Risiken eines durch staatliche Ueberwachung in bestimmte Schranken verwiesenen Wettbewerbes auf sich zu nehmen.

Aus vorkapitalistischer Zeit hat sich das Handwerk im ganzen als arbeitsintensive gewerbliche Produktionsweise durch alle Stadien der kapitalistischen Wirtschaft hindurch bis zur Gegenwart behauptet. Seine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung ist unbestritten. Der mit einem bescheidenen Bestand an verhältnismäßig einfachen Produktionsmitteln ausgerüstete Handwerker, der im Regelfall die eigene Arbeitskraft in erster Linie mit einsetzt, hat mit dem kapitalistischen Klassenmonopol nichts zu tun.

Er hat mit seinem privaten Eigentum an Werkzeugen auch in der sozialistischen Wirtschaft seinen festen Platz. Bei der Neuordnung der deutschen

Wirtschaft wird gerade dem Handwerker zukünftig eine besondere wirtschaftliche Rolle zufallen. Nicht nur wird er bei der Behebung aller Zerstörungen des Krieges, beim Wiederaufbau der Städte usw. große Aufgaben vor sich sehen, seine Bedeutung wird auch gerade für den notwendigen Export durch die Herstellung von Qualitätserzeugnissen wachsen.

Für die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben steht dem Handwerker die auch auf diesem Sektor bewährte Organisationsform der Genossenschaft zur Verfügung. In welchem Umfang die einzelnen Handwerkszweige nach gesamtwirtschaftlichen oder örtlichen Verhältnissen für den Neuzugang von fachlich ausreichend befähigten Berufsanwärtern zu öffnen oder zu schließen sind, ist in der sozialistischen Planwirtschaft Sache der staatlichen Verwaltung. Der staatlichen Lohn- und Preiskontrolle ist das Handwerk ebenso wie alle anderen Betriebe gleichermaßen unterworfen.

Auch der Handel ist an sich nicht kapitalistisch. Er wird ebenfalls in der sozialistischen Planwirtschaft bestimmte Funktionen zu erfüllen haben. Bei der gegenwärtigen Armut und bei der Notwendigkeit, jede Kraft produktiver Erzeugung zur Verfügung zu stellen, muß jedoch danach getrachtet werden, daß zukünftig der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher der kürzeste ist. Dieser Weg ist in einer sozialistischen Planwirtschaft weitgehend zu vereinfachen. Aus diesem Grunde werden auch den Konsumgenossenschaften bei der Frage der Organisation der Verteilung besondere Aufgaben zufallen.

In der Verkehrswirtschaft ist der seiner Natur nach zwar monopolistische Betrieb auf der Schiene so gut wie vollständig in öffentlicher Hand.

Soweit es sich noch um privatwirtschaftliche oder in gemischtwirtschaftlicher Form arbeitende Betriebe handelt, sind sie ebenfalls in der sozialistischen Planwirtschaft auch in die öffentliche Regie zu übernehmen.

In der Binnenschifffahrt mit ihrer Vielzahl von selbstfahrenden kleinen Eigentümern ist für private Betätigung unter staatlicher Lenkung und Kontrolle durchaus noch Raum.

In der neuen deutschen Wirtschaft wird dem landwirtschaftlichen Bereich als der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes eine besonders hohe Bedeutung zukommen. Hauptträger der agrarischen Erzeugung muß der ordentlich wirtschaftende Bauer auf eigener Scholle sein. Er ist ebenso wenig wie der Handwerker keine kapitalistische Erscheinung.

Sein dingliches Eigentum, nicht dessen Geldwert, ist im Interesse der Ernährungsicherung grundsätzlich schutzwürdig. Als Formen des betrieblichen Zusammenschlusses von bäuerlichen Einzelwirtschaften zur Lösung bestimmter Produktions- und Absatzaufgaben verdienen die landwirtschaftlichen Genossenschaften nachdrücklichste Förderung durch den demokratischen Staat. Straffste Lenkung der gesamten agrarischen Produktion und schärfste Kontrolle der Ablieferungen durch die staatliche Wirtschaftsverwaltung, auch im Wege der Auflageerteilung, sind zur Sicherung der städtischen Ernährung solange unabweisbare Pflicht, inwieweit eine ausge-

sprochene Knappheit an Nahrungsmitteln vorherrscht. Der Bauer kann selbst entscheidend dazu beitragen, daß dieser Zustand überwunden wird und damit die staatliche Kontrolle über den Gang seiner Arbeit gelockert werden kann.

Für den Großgrundbesitzer als einen Hauptträger feudalistischer und kapitalistischer Gesinnung und als einen besonderen Hort militärischen Denkens ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Die unerläßliche Umsiedelung muß aber so vorgenommen werden, daß mit ihr nicht eine Produktionsenkung, sondern eine Produktionssteigerung durch Intensivierung verbunden ist. Bei der Besitzreform soll der Grundbesitzer, sofern er unbelastet ist, nicht von Haus und Hof vertrieben werden, sondern nur in seinem Besitz auf das gebietsübliche Ausmaß einer durchschnittlichen Bauernwirtschaft beschränkt werden.

Landwirtschaftliche Großbetriebe, die aus produktionstechnischen Gründen oder zum Zwecke wissenschaftlicher Forschung als solche erhalten werden müssen, sind von der öffentlichen Hand oder in freien gemeinnützigen Formen zu übernehmen.

Wohnbau-Genossenschaften.

Angesichts der durch Luftkriegseinwirkungen und den Flüchtlingszustrom geschaffenen katastrophalen Wohnraumlage bedarf die deutsche Wohnungswirtschaft für lange Zeit ebenfalls der staatlichen Lenkung. Unter den Produktionsaufgaben wird die Wohnraumbeschaffung auf Jahrzehnte mit an erster Stelle stehen. Bei der Neuschaffung von Wohnraum erscheint im Eigenheimbau und im Bau von kleinen Häusern die private Trägerschaft auch weiterhin wirtschaftlich und sozial gerechtfertigt. Der Bau von großen Häusern mit zahlreichen Mietwohnungen, die zur Unterbringung der Stadtbevölkerung ebenfalls unentbehrlich sind, muß dagegen Aufgabe genossenschaftlicher oder öffentlicher Unternehmungen sein. Die genossenschaftliche Form wird darüber hinaus auch für den Bau von Eigenheimen und kleinen Häusern oft das Gegebene sein.

Die Kreditwirtschaft ist als Apparat der Geldschöpfung und als ein wichtiges Mittel der Investitionslenkung eine öffentliche Angelegenheit, zumal für alle Bankeinlagen seit der Krisenerfahrung von 1931 praktisch eine öffentliche Garantie gegenüber Zusammenbruchgefahren als gegeben angesehen werden muß. Der stärkste Sektor der deutschen Kreditwirtschaft, das Sparkassenwesen, ist bereits entsprechend aufgebaut.

Der Großbankensektor bedarf der Ueberführung in öffentliche Regie, auch schon aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalisierung. Die Kreditgenossenschaften haben zufolge ihrer nichtkapitalistischen Wirtschaftsgesinnung auch in der sozialistischen Wirtschaft ihre volle Berechtigung. Sämtliche Kreditinstitute müssen strenger staatlicher Aufsicht unterworfen bleiben.

Jedes Mitglied der sozialistischen Wirtschaftsgesellschaft hat Anspruch

auf umfassenden Versicherungsschutz bei Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Tod und Arbeitslosigkeit. Die zusammenfassende Gewährleistung dieses Schutzes, die bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung eine Aufgabe von außerordentlicher Schwierigkeit darstellt, ist eine Angelegenheit der öffentlichen Hand. Private Versicherungseinrichtungen auf Gegenseitigkeit unter staatlicher Aufsicht können zur Bereitstellung zusätzlichen Schutzes daneben bestehen bleiben.

Die kapitalistische Entwicklung in allen Ländern hat für die minderbemittelten Schichten aller Völker zu übereinstimmenden Mindestforderungen an die Wirtschaftsordnung geführt. Die Gleichartigkeit in der Entwicklung der Technik und der produktiven Kräfte führt zu einem gleichgerichteten gemeinsamen Interesse an der Besserung ihrer relativen und absoluten Lebenslage. Aus dieser weitgehenden Übereinstimmung der wirtschaftspolitischen Forderungen und der wirtschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen ergab sich ein internationales organisatorisches Zusammengehen der Arbeiter aller Länder.

Die Sozialdemokratie bejaht wie früher diese internationale Zusammenarbeit und ist gewillt, an diesen internationalen Aufgaben aktiv mitzuarbeiten, sobald ihr dies bei gleichen Rechten und ohne Verlust an Würde möglich ist. Das deutsche Volk hat zutiefst die letzten Auswirkungen eines imperialistischen Kapitalismus kennengelernt und ist daher besonders interessiert an der Niederhaltung und Beseitigung aller imperialistischen Tendenzen.

Die Sozialdemokratie kennt aus eigener Erfahrung den Faschismus als die gefährlichste Erscheinungsform des Spätkapitalismus. Sie bejaht daher die Neugestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Völker im Geiste der Völkerverständigung.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine Wirtschaftsverfassung, die dem Wesen des deutschen Volkes Rechnung trägt. Es gibt natürliche Unterschiede in den Begabungen, den Temperamenten und den Charakteren der Völker, sowie unterschiedliche Eigenarten, die der wirtschaftsgeographischen und geschichtlichen Lage entsprechen.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen, die die Sozialdemokratie aufstellt, dienen dem einen Ziel, einen Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus zu finden, um nach der Abschüttelung eines gewalttätigen Regimes den friedlichen Neuaufbau zu erreichen, jedoch ohne Rückkehr zu den individualistischen und nationalistischen Formen eines kapitalistischen Liberalismus.

Die Sozialdemokratie betont die Vorzüge und Eigenarten des deutschen Volkes mit Nachdruck, gerade in dem Zeitpunkt, in welchem dem deutschen Volk im drückenden Bewußtsein seiner Niederlage die Einsicht in seine eigenen Werte und die aus diesem Selbstbewußtsein sich ergebende würdige Haltung verloren zu gehen droht.

Die so oft von manchen Teilen des deutschen Volkes herausgestellte Ueberheblichkeit und Aufdringlichkeit, die insbesondere von nationalsozialistischer Seite bis zur Verfälschung des deutschen Volkscharakters geführt

hat, lehnt die SPD als Aeufferungen eines verdeckten Minderwertigkeitsgefuehles ab.

Die SPD wird das Ziel haben, das deutsche Volk zum Selbstbewusstsein zu erziehen, um auf Grund einer Haltung des Stolzes auf die eigene Arbeit es auch zur Achtung fuer die Leistungen anderer Voelker zu fuehren.

Die neue deutsche Wirtschaft verlangt eine weitestgehende Eingliederung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, um den Bedarf des deutschen Volkes zu decken und um eine groeßtmoegliche Produktivitaet der deutschen Arbeit zu erreichen. Die frueher in Deutschland gemachten Vorbehalte gegen eine sogenannte Abhaengigkeit von den Ungewissheiten der Weltwirtschaft sowie jedes Autarkiebestreben hatte strategisch-militaerische Hintergedanken und ist bei einer sozialistischen Wirtschaftspolitik als gegenstandslos anzusehen.

Fuer den wuenschenwerten Grad einer weltwirtschaftlichen Verflechtung sieht das neue Deutschland nur eine Grenze, d. h. es darf unter keinen Umstaenden an der Erfuellung seiner vornehmsten Aufgaben gehindert werden: die Sicherstellung der vollen Beschaeftigung und den Umfang einer ausschliesslich friedlichen Gesamtproduktion selbst zu bestimmen. Mit diesem einen Vorbehalt wird Deutschland sich den Formen und Methoden anpassen, die von seinen wichtigsten Aeußenhandelspartnern fuer den staatlichen Wirtschaftsverkehr und den internationalen Zahlungsausgleich angewendet werden.

Wirtschaftszusammenbruch ohne Vorbild.

Wenn die SPD ihre Leitsaetze zur Wirtschaftspolitik ihren Mitgliedern und der deutschen Oeffentlichkeit unterbreitet, so ist sie sich zweier Grundtatbestaende bewußt, die ihr wirtschaftspolitisches Wollen ueberschatten. Beide Grundtatbestaende sind das Ergebnis des Krieges und des Zusammenbruches.

Der erste wirtschaftliche Tatbestand ergibt sich aus der vorgefundenen Wirtschaftslage an sich. Der neue Aufbau der voellig zertruemmerten deutschen Volkswirtschaft ist nur unter entschlossener und angespanntester Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes durchfuhrbar. Diese Mitarbeit des gesamten Volkes ist jedoch abhaengig von der allgemeinen Erkenntnis jedes einzelnen deutschen Menschen, welches die Hauptursachen fuer das ganze Ausmaß der hereingebrochenen wirtschaftlichen Katastrophe sind. An dieser Erkenntnis hat es unter der vielerorts noch verhaeltnismaeßig guenstigen Lage nach der Kapitulation zum groeßen Teil gefehlt. Tatsaechlich ist aber die deutsche Wirtschaft nach dem Ende des nationalsozialistischen Krieges in einen Zustand der Aufloesung hinabgeglitten, wie er in der ganzen neueren Wirtschaftsgeschichte ohne jedes Vorbild ist.

Raemlich, zeitlich, gueterwirtschaftlich und geldwirtschaftlich ist der Erzeugungs- und Verteilungsprozeß in einem kaum vorstellbaren Grade desorganisiert. Auch wenn man den Anteil, den die Zerreißung Deutschlands

in Besetzungszonen daran hat, nicht unterschätzt, muß man sich doch immer wieder vor Augen halten, daß der Hauptgrund für das deutsche Wirtschaftschaos in seinen heutigen Ausmaßen die planmäßige Zerstörungspolitik ist, die in den letzten Monaten des Krieges von nationalsozialistischer und militaristischer Seite verübt worden ist.

Im Laufe des Jahres 1944 mußte es auch dem dümmsten Menschen klar geworden sein, daß die totale Niederlage Deutschlands unabwendbar war. Anstatt durch ein sofortiges Abtreten von der politischen Bühne die unermessliche historische Schuld auch nur um einen winzigen Bruchteil zu verringern, organisierten Nationalsozialisten und Militär gemeinsam unter dem Deckmantel des sogenannten Endkampfes das vielleicht beispielloseste aller ihrer unmenschlichen Verbrechen — den Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk. Sie führten diesen Vernichtungskrieg einzig und allein zu dem Zwecke, sich selbst noch für eine kurze Spanne Zeit an der Macht zu halten, und sich für diese Zeit vor dem strafenden Arm der Gerechtigkeit zu bewahren. Gleichzeitig aber zerstörten sie die materielle Existenzgrundlage des deutschen Volkes, um ihre eigene Kriegs- und Terrorherrschaft in der späteren Erinnerung noch erträglicher erscheinen zu lassen.

Es war der Zweck dieses Vernichtungskrieges, jede künftige deutsche Regierung, gleich welcher parteilicher Richtung, unter allen Umständen zu diskreditieren, um den Vergleich mit der Zeit ihrer eigenen Herrschaft günstiger erscheinen zu lassen.

Nur eine restlose Klarstellung dieser Zusammenhänge vermag die unerläßliche moralische und politische Grundhaltung des deutschen Volkes zu schaffen. Sie muß aber auch die notwendige Härte gegenüber allen denen erzeugen, die sich an diesem Vernichtungskrieg mitschuldig gemacht haben und daher heute kompromißlos von jedwedem Einfluß auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ausgeschaltet werden müssen.

Anfang auf Trümmern.

Die wirtschaftspolitische Arbeit einer jeden deutschen Regierung in einem neuen demokratischen Deutschland kann nur von dem Vorhandensein des totalen Trümmerfeldes aus gewertet werden. Dieses Trümmerfeld ist jeder Regierung des neuen Deutschland ohne eigenes Zutun als Erbe überlassen worden und bildet die alleinige Ausgangsgrundlage für eine zukünftige neue Aufbauarbeit.

Aber selbst für den unsagbar mühevollen Aufbau von diesem Nullpunkt aus kann von irgendeiner deutschen politischen Gruppe oder Verwaltungsstelle die Verantwortung nur in dem Rahmen übernommen werden, der ihren eigenen Entscheidungen in räumlicher und sachlicher Hinsicht von den Besatzungsmächten gezogen ist.

Ein Maßstab für die Güte oder Zweckmäßigkeit eines wirtschaftspoliti-

sehen Programms in planwirtschaftlicher Hinsicht ist durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung solange nicht vorhanden, als die mit seiner Durchführung verpflichteten Parteien oder Personen nicht selbst über den Umfang und die Grundrichtung der gesamtwirtschaftlichen Produktion selbst bestimmen können. Insbesondere kann solange ein Maßstab nicht angelegt werden, als die produktionsregelnden Eingriffe, die Produktionsauflagen, wie auch die Produktionsverbote von Seiten der militärischen Besatzung nicht Ausnahme, sondern allgemeine Erscheinungen sind.

Die SPD hat entsprechend ihrer Verantwortung eine große Anzahl von Mitarbeitern für den neuen Aufbau zur Verfügung gestellt. Sie legt aber Wert darauf, nachdrücklichst zu betonen, daß diese Persönlichkeiten immer nur für das verantwortlich gemacht werden können, was ihrer eignen Entscheidungsbefugnis unterlegen hat oder zukünftig unterliegt.

Charakteristisch für die gegenwärtigen Verhältnisse ist der erhebliche Geldüberhang, der sich aus der Kriegsfinanzierung mittels der Notenpresse ergeben hat. Die Höhe des umlaufenden Geldes wird auf 60 bis 80 Milliarden gegenüber einem normalen Umlauf von 5 Milliarden Mark geschätzt. Diese zusätzlich geschaffene Kaufkraft kann auf absehbare Zeit mit Gütern nicht belegt werden. Dieses Bargeld, wie auch die Einlagen bei den Kreditinstituten, müssen zum größten Teil durch Blockierung unschädlich gemacht werden.

Große Teile des Volkes haben bisher von diesen Barbeständen gelebt und konnten sich damit einem vollen Arbeitseinsatz entziehen.

Eine Beseitigung des Kaufkraftüberhanges, d. h. eine Blockierung aller Barreserven, setzt aber voraus, daß die dann auf Arbeit angewiesenen Bevölkerungsteile tatsächlich in der Lage sind, in den Erzeugungs- und Verteilungsprozeß eingegliedert zu werden. Es darf nicht dazu kommen, daß große Teile der Bevölkerung dazu gezwungen werden, Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Kaufkraftbeseitigung führt damit zu einer neuen Frage der Rohstoffversorgung.

Die deutsche Industrie ist nur noch beschränkte Zeit lebensfähig. Sie kann infolge der fortschreitenden Aufzehrung der Rohstoffe und Halbwarenbestände unter gleichzeitigem Verzicht auf die notwendigsten Ersatzinvestitionen nur noch eine Zeit in Gang gehalten werden. Sie wird eines Tages völlig zum Erliegen kommen. Ein systematischer Neuaufbau und eine Wiederingangsetzung muß zunächst von den Grundstoffindustrien aus erfolgen. Kohle und Eisen sind die ersten Grundstoffe, die die Ingangsetzung aller übrigen Produktionen bestimmen.

Der Versorgung der Industrie mit Kohle und Eisen sind enge Grenzen gezogen, einmal, weil diese Grundstoffe nicht in dem erforderlichen Ausmaß erzeugt werden und weil zum anderen die Kohlenförderung wie auch die Eisen- und Stahlgewinnung für die übrigen kontinentaleuropäischen Länder herangezogen werden.

Die Ursache für die geringe Kohlenförderung sind mehr oder weniger bekannt. Sie liegen in der ungünstigen Ernährung, dem fehlenden angemessenen Wohnraum, in unzulänglichen Löhnen und dem Mangel, diesen unzu-

länglichen Lohn real umsetzen zu können. Die Gründe für die unzureichende Förderung sind auch sozialpolitischer Art. Durch die scharfe Herabsetzung der Renten aus der Knappschaftsversicherung ist eine starke Beunruhigung entstanden.

Klarheit über Grubenbesitz.

Ebenso wie die materiellen und sozialpolitischen Gründe, spielen auch psychologische Fragen eine bedeutsame Rolle. Bei der Beschlagnahme der Bergwerke durch die britische Militärregierung trat eine Stagnation in der Kohlenförderung ein. Der Bergmann stand und steht auch heute noch unter dem Eindruck, daß diese Beschlagnahme nur bedeutet, daß er dem internationalen Kapitalismus zum Opfer vorgeworfen wird. Die Regelung der Eigentumsverhältnisse ist daher für den Bergmann eine der wichtigsten Fragen, die seine ganze Grundhaltung bestimmen.

Ebenso bedeutsam ist die internationale Diskussion über die Rhein- und Ruhrfrage. Die Forderung auf territoriale Loslösung des Ruhr-Saar-Gebietes aus dem deutschen Staatsverband wird von dem Bergarbeiter auf das entschiedenste abgelehnt. Eine solche Forderung muß daher auf den leidenschaftlichen Widerspruch der SPD stoßen. Der Bergarbeiter braucht das Bewußtsein, daß das Ergebnis seiner Tätigkeit in weitem Umfange auch dem Wiederaufbau seiner Wohnungen, der deutschen Städte und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt bleibt. Er steht heute unter dem Eindruck, daß keine Hoffnung mehr besteht, die gegenwärtigen Verhältnisse auch nur im bescheidensten Umfange zu verbessern.

Neben den heimischen, heute noch fehlenden Rohstoffen ist es erforderlich, daß gerade der Verbrauchsgüterindustrie Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, um die Menschen mit den notwendigsten Haushaltsgegenständen und Bekleidungsstücken zu versorgen. Nur ein erheblicher Gütereinschuß von außen kann den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verfallsprozeß in Deutschland aufhalten. Er allein ist in der Lage, diese deutsche Wirtschaft, wenn auch auf nur schwache Füße zu stellen.

Dieser Gütereinschuß liegt auch durchaus im Interesse der alliierten Siegerstaaten. Wenn auch diese Rohstoffmengen zunächst devisenmäßig zu Lasten der Besatzungsmächte gehen, so werden die zur Verfügung gestellten Rohstoffe auf längere Sicht Devisen ersparen, weil diese Hilfsleistungen eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland abwenden werden.

Durch eine Güterbereitstellung werden die Siegermächte auch von den unliebsamen Hilfsanforderungen befreit, die heute nicht nur Deutschland, sondern auch die übrigen kontinentaleuropäischen Länder stellen müssen. Die deutsche Wirtschaft wäre dann in der Lage, mit den wiedererschlossenen eigenen Hilfsquellen am Wiederaufbau Europas aktiv teilzunehmen.

Es ist daher erstens notwendig, daß in der Frage des Kohlenexportes Deutschland eine Atempause gewährt wird, um die eigene Wirtschaft wieder in Gang bringen zu können. Es ist zweitens notwendig, daß Rohstoffe zur

Verfügung gestellt werden, um die Wirtschaft wieder in Funktion zu bringen und um den Menschen die völlige Hoffnungslosigkeit zu nehmen, vor der sie heute stehen.

Die deutsche Wirtschaft ist im Laufe der Jahrhunderte organisch gewachsen, sie hat sich standortmäßig und nach wirtschaftsgeographischen oder landschaftlichen Gesichtspunkten in bestimmter Teilfunktion entwickelt. Diese einzelnen Industrien waren durch eine starke Verbundwirtschaft untereinander ausgeglichen, so daß sich diese Teile auf das wirksamste zu einem Ganzen vereinigen.

Diese Verbundwirtschaft ist heute durch die Einteilung Deutschlands in verschiedene Besatzungszonen zerrissen. Eine Gesundung des deutschen Wirtschaftskörpers ist nur durch die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit möglich. Sie wurde in Yalta beschlossen und in Potsdam proklamiert, ist aber bisher der Verwirklichung um keinen Schritt nähergebracht worden. Im Gegenteil — alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese ursprünglich nur militärisch gedachten Zonengrenzen wirtschaftlich den Charakter von wirklichen Landesgrenzen annehmen. Für die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft ist aber ein ungehinderter Fluß der Güter, der Transportmittel und Zahlungen innerhalb aller Gebietsteile notwendig.

Daher müssen die wirtschaftlichen Grenzen der Besatzungszonen unverzüglich fallen. Daß das Festhalten an verschiedenen Besatzungszonen mit einem freien Güter- und Personenverkehr über die Zonengrenzen durchaus vereinbar ist, zeigt das Beispiel Groß-Berlins.

Ernährungssicherung.

Unter der Vielzahl vordinglicher Produktionsaufgaben steht an erster Stelle die Ernährungssicherung. Die noch vorhandenen Produktionsreserven in der deutschen Landwirtschaft müssen sofort erschlossen werden. Die Existenz des deutschen Volkes liegt heute entscheidend in der Hand der Landwirtschaft. Bei allen unbequemen Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung und zur Ablieferung von Nahrungsmitteln sollte der Bauer stets bedenken, daß er in weiten Gebietsteilen diejenige Berufsschicht darstellt, die von der Existenzbedrohung und der Existenzvernichtung durch den nationalsozialistischen Krieg wohl am wenigsten betroffen worden ist. Die stark erhöhte Bevölkerungsdichte innerhalb der wesentlich verkleinerten deutschen Staatsgrenzen wird eine weitere Intensivierung der Bodenbewirtschaftung erzwingen. Diese muß zunächst der Steigerung des Hack- und Gemüsebaues zugute kommen. Darüber hinaus ist aber der Aufbau einer hochentwickelten tierischen Veredlungswirtschaft unerlässlich, damit die zusätzliche Menschenkraft zum Teil auf dem Lande sinnvoll eingesetzt werden kann und damit die Stadtbevölkerung wieder in dem biologisch erforderlichen Grade mit Eiweiß und Fettahrung versehen werden kann.

Die verbleibende deutsche Ackerfläche ist für die Versorgung von pflanz-

lichen Nahrungsmitteln und für die Erhaltung des bisherigen Viehbestandes nicht ausreichend. Die zusätzliche tierische Veredlungsproduktion muß daher auf der Grundlage ausländischer Futtermittel aufgebaut werden. Die Einfuhr billiger Futtermittel, vor allem aus Uebersee, ist in jedem Ausmaß zu steigern.

Der gegenwärtige Flüchtlingsstrom stellt ein Menschenreservoir dar, aus dem für die Intensivierung der Bodenbewirtschaftung geschöpft werden kann. Der Flüchtling muß das Recht erhalten, überall dort, wo seine Arbeit dem Boden erhöhten Ertrag abringt, heimisch und gleichberechtigt zu werden.

Zu den dringendsten Aufgaben, die unmittelbar in Angriff genommen werden müssen, gehört der Aufbau menschenwürdiger Wohnungen. Dem Bau von Wohnungen sind weitgehend alle anderen Bauvorhaben unterzuordnen. Man kann eine intensive Arbeitsleistung nur von Menschen erwarten, die über eine gesunde Wohnung und über einen eigenen Haushalt verfügen.

Ein großer Teil des deutschen Volkes hat im Verfolg der Luftangriffe und der Kriegshandlungen Hab und Gut verloren. Die Frage der Berücksichtigung aller dieser Ansprüche gegen die Konkursmasse des Dritten Reiches ist eine Frage der künftigen Einkommensverteilung. Da eine unmittelbare Uebertragung von Sachbesitz zum Zwecke des Schadensausgleiches — abgesehen von Gegenständen des täglichen Bedarfes — nur in engen Grenzen durchführbar erscheint, bedeutet jede Auszahlung auf die alten Ansprüche eine Minderung des Leistungsgegenwertes der neuen Produktion. Eine solche Einkommensumschichtung ist nur unter sozialen Gesichtspunkten vertretbar. Am ehesten kann ein Einkommensverzicht allen denen zugemutet werden, deren laufendes Einkommen auf gerettetes Sacheigentum gegründet ist. Der erhaltene Sachbesitz muß daher mit einer Verzinsungs- und Tilgungsrente zugunsten der Vermögensgeschädigten belegt werden.

Es muß aber volle Klarheit darüber herrschen, daß bei den gegebenen Verhältnissen der zu erlangende Gegenwert nur ein bescheidener Bruchteil der ursprünglichen Forderung wird darstellen können. Für jeden Anspruch muß eine absolute Höchstgrenze gelten, damit der Ausgleich für die kleineren Forderungen verhältnismäßig besser ausfallen kann.

Alle vordringlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bei der Beachtung der wirtschaftspolitischen Grundsätze der SPD im Vordergrund stehen und als bestimmter Größenkomplex von Grundtatsachen die Wirtschaftspolitik vorbelasten, sind daher gekennzeichnet durch den vorhandenen Geldüberhang, den Mangel an in- und ausländischen Rohstoffen, der fehlenden Wirtschaftseinheit und die Ernährungsschwierigkeiten.

Diese Grundtatsachen sind Bestandteile einer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, wobei sie die durchzuführenden allgemeinen Leitsätze berühren und teilweise überschneiden. Aus diesem Grunde ist die Lösung dieser gegenwärtigen Schwierigkeiten nur möglich bei gleichzeitiger Demokratisierung der Wirtschaftsverfassung.

Die erforderliche Demokratisierung wird damit unmittelbar Bestandteil

der vorliegenden Gegenwartsaufgaben. Die Notwendigkeit einer Demokratisierung ergibt sich aus mehrfachen Gründen:

1. Die kapitalistische Wirtschaft ist eine historische Erscheinung. Sie füllt eine bestimmte Epoche der Wirtschaftsgeschichte mit ihren Merkmalen aus. Sie ist keine Dauererscheinung und befindet sich durch die ihr eigenen Gesetze im Zustande der allgemeinen Auflösung. Dieses absterbende Wirtschaftssystem muß notwendigerweise durch neue Formen aufgefangen werden.
2. In der vorkapitalistischen Wirtschaft war Kapitalbesitz und persönliche Arbeitsleistung in einer Person vereinigt, wie es auch heute in handwerklichen Betrieben der Fall ist. Ein getrennter Einsatz von Kapital auf der einen Seite und Arbeitskraft auf der anderen Seite lag nicht vor. Erst die kapitalistische Wirtschaft führt diese ihr spezifische Trennung mit der für sie auch spezifischen Entwicklung und Gestaltung herbei.

Eine Werkzeugmaschine an sich ist kein Kapital, erst wenn sie in eine Betriebsorganisation eingegliedert wird, wenn sie Bestandteil des betrieblichen Produktionsablaufes ist, wenn sie Charakteristikum der Produktionsverhältnisse wird, d. h. wenn sie mit der Arbeitskraft so verschmolzen ist, daß sie nur mit dieser eine betriebliche Funktion ausübt, ist sie Kapital. Mit dem Begriff Kapital ist der Begriff Arbeit notwendigerweise verbunden.

Der Begriff des Kapitals ist nicht mit dem Kapitalkonto einer Unternehmung gleichzusetzen, vielmehr sind durch die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Betriebe zu einer veränderten Stellung in der Gesamtwirtschaft gelangt. Es geht nicht mehr an, einen Betrieb als eine privatwirtschaftliche Wirkungsstätte zu betrachten; er ist eine volkswirtschaftliche Angelegenheit.

Wenn heute noch gesagt wird, daß der Kapitalbesitzer das betriebliche Risiko trägt, so ist diese Behauptung im vollen Umfange zu bestreiten. Bei einem Absinken der Konjunktur werden Arbeitskräfte entlassen, sie fallen der öffentlichen Fürsorge zur Last. Insofern wird das betriebliche Risiko sowohl von dem Arbeitnehmer als auch von der Gesellschaft getragen. Bei Großbetrieben mit besonderer Bedeutung tritt der Staat mit Hilfe von Krediten, durch Subvention, durch öffentliche Aufträge usw. ein.

Weil aber die im Betrieb beschäftigten unselbständigen Arbeitnehmer mit ihrer Existenz an den Betrieb gebunden sind und weil in jedem Fall die Gesamtheit letzter Risikoträger ist, besteht aus diesen Verhältnissen das Recht, die Herrschaftsrechte des Betriebes gemeinsam durch Kapitalbesitzer, Arbeitnehmer und öffentliche Hand auszuüben.

3. Die Notwendigkeit einer Demokratisierung ergibt sich aus sittlichen und politischen Gründen. Der Nationalsozialismus ist ausschließlich aus den Kreisen der Wirtschaft finanziert worden. Die Wirtschaft hat eine Bewegung aufgebaut und großgezogen, die neben der Verfolgung rein imperialistischer Zwecke nach innen den Auftrag hatte, sämtliche sozialen Einrichtungen und Organisationen der Arbeitnehmerschaft zu zerschla-

gen. Diese politische Bewegung hat dann nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa an den Rand des wirtschaftlichen und kulturellen Abgrundes geführt. Das deutsche Volk wird kein Verständnis dafür aufbringen, daß eine Wirtschaftsverfassung ohne demokratische Kontrolle bleibt, die ein derartiges politisches und wirtschaftliches Schuldkonto hinterlassen hat.

Zu diesen Fragen, die hier kurz gestreift wurden und die aus dem wirtschaftlichen Zustand sich selbst ergaben, kommt allerdings bei aller Ueberschätzung der Forderungen, die die Sozialdemokratie an die in Angriff zu nehmende aufzubauende Planwirtschaft stellt, noch ebenfalls als Erbe des nationalsozialistischen Krieges eine weitere hinzu: Seit 300 Jahren sind wir Deutschen gewohnt, unser Geschick überlagert zu sehen mit einer Atmosphäre, die wir „den Geist von Potsdam“ nennen. Mag es die beamtenmäßige Erziehung oder die Ausbildung des preußischen Unteroffiziers durch den Soldatenkönig gewesen sein oder der Pakt in der Garnisonkirche von 1933, immer wurde der Lebensstil, die Lebensgewohnheit des Volkes und seine Wirtschaftspolitik bestimmt nach militärischen Bedürfnissen, gestützt auf die Macht von Bajonetten. In demselben Potsdam ist nun vor kurzem über das Schicksal der deutschen Industrie eine Entscheidung gefallen. Die deutsche Industrie soll nach diesem Plan in weitgehendem Umfang teils verboten, teils erheblich eingeschränkt werden. Die zukünftige Kapazität der deutschen Industrie ist methodisch in Vergleich gestellt worden zu den Größenordnungen der Jahre 1936 und 1938. Schon diese Vergleichsbasis muß von vornherein beanstandet werden.

Die internationale Wirtschaftskrise des Jahres 1931 brachte auch für Deutschland erhebliche Devisenschwierigkeiten mit den üblen Folgen einer Kontingentierung und damit eines Absinkens des Außenhandels. Im Jahre 1933 setzte ein teilweiser internationaler Boykott ein, der die Zahlen des Außenhandels weiter erheblich verminderte. Im Jahre 1934 kam die Aufrüstung, die nach und nach zu einer völligen Strukturänderung der deutschen Wirtschaft führte.

Mit der Verkündung des Vierjahresplanes im Jahre 1936 nahmen die Autarkiebestrebungen in erheblichem Umfange weiter zu mit der allen bekannten, schon damals einsetzenden Beschränkung der Nahrungsmittelversorgung. Für eine zukünftige deutsche Friedenswirtschaft kann man unmöglich eine Wirtschaftsstruktur zugrunde legen, die auf einer Kriegswirtschaft und Autarkiebestrebung aufgebaut ist.

Es wäre richtiger, ein echtes, normales Friedensjahr, wie z. B. das Jahr 1928 zugrunde zu legen, obwohl in den rückliegenden rund 20 Jahren erhebliche Verschiebungen in der technischen Entwicklung unberücksichtigt bleiben. Legt man überhaupt ein normales Jahr zugrunde für die zukünftige Bemessung der deutschen Industriekapazität, so wird die neue Größenordnung immer nur die laufende Produktion für den normalen Verbrauch und für den normalen wirtschaftlichen Zugang erfassen. In einer solchen Größenordnung sind jedoch keine Kapazitäten vorhanden, die berücksichtigen,

daß heute fast alle deutschen Großstädte zerstört, daß alle Transportwege und Eisenbahnen, Kanäle und Straßen vernichtet sind, daß viele Betriebe durch Bombenangriffe am Boden liegen, daß in den Jahren des Krieges keine Ersatzbeschaffung für heruntergewirtschaftete Maschinen gemacht worden sind. Es sind keine Vorräte, keine Haushaltswaren und Textilien mehr vorhanden — Millionen von Bombengeschädigten und Flüchtlingen verfügen nicht mehr über Wohnung, Möbel und Hausrat.

Die Kapazität einer normalen Friedensproduktion wäre nicht in der Lage, diese aufgestauten Bedürfnisse, diese Wiederherstellungen und Wiederaufbauarbeiten auch nur in bescheidenem Umfange auszuführen. Nach dem Potsdamer Plan wird die Stahlerzeugung von 14,3 Millionen im Jahre 1928, d. h. die Stahlerzeugung eines normalen Friedensjahres, auf 5,8 Millionen herabgesetzt. Diese Senkung ist um so bedeutungsvoller, als der deutschen Industrie die Herstellung von Elektro Stahl und Edelmetall verboten ist.

Der Plan verbietet in vollem Umfange die Aluminiumfabrikation. Die verarbeitenden Betriebe sind daher ausschließlich auf Importe angewiesen. Durch diese Maßnahmen wird Deutschland aus einer bemerkenswerten technischen Entwicklung ausgeschaltet, die in den letzten zwei Jahrzehnten gekennzeichnet ist mit dem Uebergang von Schwermetallen zu Leichtmetallen.

Aber nicht nur die Herstellung von Aluminium ist verboten worden, auch der Verbrauch von Aluminium ist auf 30 000 Tonnen im Jahre begrenzt. Dabei lag der Verbrauch von Aluminium bereits erheblich über 100 000 Tonnen aus eigener Erzeugung im Jahre.

Besonders stark betroffen wird die Maschinenbauindustrie mit einer Senkung von über 60 Prozent. Es kann bei einer derartigen Kürzung nicht übersehen werden, wie es möglich sein soll, die ausgebombten Betriebe wieder aufzurichten, und wie es möglich sein soll, für die uns belassene Friedensproduktion die erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen.

Erheblich eingeschränkt ist auch die Herstellung von Eisenbahnwaggons, sowohl für den Personen- wie für den Güterwagenverkehr. Nach einem Ueberschlag kann angenommen werden, daß der weitgehend zerstörte Wagenpark der Reichsbahn im Bestande an Personenwagen erst in 30 bis 40 Jahren auf eine normale Höhe kommen wird, während der Wiederaufbau des Güterwagenparks etwa 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Selbst die Kapazität der deutschen Textilindustrie ist gegenüber 1928 um rund 17 Prozent gekürzt worden, obwohl die gesamte Bevölkerung einen ungeheuren Bedarf zu decken hat.

Potsdam ist Wirtschaftstod

Der Potsdamer Plan ist wohl der erstmalige Versuch der gesamten Wirtschaftsgeschichte, die Struktur eines hochentwickelten Industriestaates auf künstliche Weise zu regulieren. Die Schwierigkeit der Durchführung eines

solchen Planes fällt dazu in eine Zeit, wo die Wirtschaft völlig am Boden liegt und weitgehend ruiniert ist. Der Plan selbst wirft so viele wirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Fragen auf, die vorab nicht beantwortet werden können. Es braucht nur an die Frage erinnert zu werden, wie eine solche Kapazitätsbeschränkung durchzuführen ist. Soll man in jedem belassenen Betrieb die Kapazität auf die Hälfte herabsetzen? Das würde eine erhebliche Steigerung der Kosten bedeuten. Würde man auf diese Art des Schrittes verzichten und nur die kostenmäßig günstigsten Betriebe belassen, so würden Standortverschiebungen großen Ausmaßes unvermeidlich sein. Ganze Gemeinden werden — wie bereits vorliegende Beispiele zeigen — in ihrem gemeindlichen Leben zusammenbrechen, werden veröden, während in den neuen Standorten alle Voraussetzungen für den neubetrieblichen Zuwachs fehlen.

Wir werden daher, sollte der Plan zur Durchführung kommen, mit einer ununterbrochenen Wanderung der arbeitenden Bevölkerung rechnen müssen. Unvorstellbar große Berufsumschichtungen werden notwendig sein, um dem Plan wirkliche Gestalt zu geben. Die rückliegenden zwölf Jahre haben die Menschen seelisch weitgehend belastet und beunruhigt, und es wäre wirklich an der Zeit, den Menschen wieder beruflich und seelisch und sozial zu festigen. Das Gegenteil wird aber das Ergebnis dieses Planes sein und wird damit auch das wirtschaftspolitische Wollen der Sozialdemokratie ganz entscheidend beeinflussen. Es muß damit gerechnet werden, daß das Heer der Unzufriedenen sich erheblich vermehrt und eine soziale Gefahr größeren Umfangs durch eine nihilistische Einstellung heraufbeschworen wird.

Besonders unverständlich ist die Begrenzung des deutschen Außenhandels auf drei Milliarden Mark. Gegenüber dem Normaljahr von 1928 mit 14,5 Milliarden Einfuhr und 12 Milliarden Ausfuhr beträgt diese Außenhandelskürzung mehr als 75 Prozent. Deutschland hat 1928 für die Ernährung 4,35 Milliarden eingeführt. Diese Einfuhr war notwendig bei einem Deutschland, das über ein erheblich größeres agrarisches Gebiet im Osten verfügte.

Wenn wir heute bei der festgesetzten Einfuhrquote auf Südfrüchte, Bohnenkaffee und Kakao, Tabak, Tee und Wein verzichten, und legt man statt einer Kalorienmenge von 3000 nur 2000 zugrunde, so reichen selbst die zugewilligten 1,5 Milliarden nicht aus, da unter den gesamten Einschränkungen noch über 2 Milliarden Zuschuß erforderlich sind.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß durch diese Festsetzung einer niedrigen Außenhandelsquote nicht nur Deutschland, sondern ebenso in erheblichem Umfange auch alle europäischen Staaten auf das stärkste betroffen werden.

Der deutsche Handel war mit über 60 Prozent reiner Europahandel. Deutschland kaufte von England für rund 3 Milliarden Mark im Jahr. Der Gesamthandel mit den Niederlanden betrug auf beiden Seiten rund 2 Milliarden, mit Frankreich 1,4 Milliarden, mit Belgien, Italien und der Schweiz rund 1 Milliarde.

Diese Abschneuerung des Außenhandels kann von den Alliierten nicht

übernommen werden, denn sie würden gezwungen sein, selbst wenn sie zu liefern in der Lage wären, auch die erforderlichen Waren aus den europäischen Ländern abzunehmen.

Die Auswirkungen auf die europäische Wirtschaftslage sind daher unvorstellbar. Die heute gegenüber Deutschland verfolgte alliierte Politik baut auf die Gewerkschaften, auf die neuen demokratischen Parteien, d. h. im weitesten Maße auf die Stimme des deutschen Arbeiters. Aber gerade diesem Arbeiter entzieht die alliierte Wirtschaftspolitik die Existenzgrundlage, nämlich seine Fabrik. Wir wirtschaften zur Zeit nicht, sondern stellen eine humanitäre Hilfseinrichtung dar, um die Zeit zu überbrücken, bis eine industrielle Tätigkeit wieder beginnen kann.

Durch die Politik der Kapazitätsbeschneidung und der Abmontierung von Fabriken zerstört die alliierte Politik ihre eigene politische Existenzgrundlage, nämlich den deutschen Arbeiter.

Der Plan, der veröffentlicht ist, läßt drei Möglichkeiten zu:

1. Bei einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Menschen je Quadratkilometer kann die deutsche Volkswirtschaft nur als gemischte Agrar- und Industriewirtschaft neu ausgerichtet werden. Jeder Versuch, die deutsche Wirtschaft — abgesehen von den reinen Rüstungsbetrieben — entsprechend zu entindustrialisieren, würde ein Todesurteil über Millionen deutscher Menschen bedeuten.
2. Falls man auf diesen ersten Weg verzichtet, nämlich ein Massensterben einzuleiten, müßten sich bei Durchführung des Planes die Alliierten bereitfinden, eine dauernde Arbeitslosenunterstützung an einen Großteil des deutschen Volkes zu Lasten der eigenen Steuerzahler aufzubringen. Ueber die soziale und politische Bedeutung einer solchen Entwicklung braucht nichts gesagt zu werden.
3. Die dritte Möglichkeit besteht in der Aufhebung dieses Planes.

Haltung der SPD.

Die Sozialdemokratie könnte nicht einer solchen Entwicklung zusehen und sie mit kritischen Reden begleiten. Sie ist jedoch gewillt, in vollem Umfange die Verantwortung zu übernehmen für eine wirtschaftliche Entwicklung, die zu einem Wiederaufbau nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas führt. Es könnte jedoch eine Lage eintreten, wo die Sozialdemokratie sich gezwungen sähe, die Verantwortung abzulehnen. Eine solche Lage ist denkbar, wenn die gegenüber Deutschland verfolgte Wirtschaftspolitik von Tendenzen getragen wird, wie sie in einer Notiz der Londoner „Times“ zum Ausdruck kommt. In dieser Notiz heißt es:

„Der Verband englischer chemischer Fabrikanten wünscht laut einer Erklärung, die er gestern zur Frage der Behandlung der chemischen Industrie Deutschlands nach dem Kriege abgab, dringend, daß man ins Auge fassen sollte, die deutsche Farbstoffindustrie im Interesse des Weltfriedens gänzlich

stillzulegen. J. Davidson Pratt, der im Kriege Kontrolleur der chemischen Verteidigungsmaßnahmen war, meinte, daß die englische Farbstoffindustrie so stark wäre, daß sie es sehr begrüßen würde, die deutsche Farbstoffindustrie vollkommen ausgeschaltet zu sehen.“

Wir deutschen Genossen kennen eine solche Sprache, und die Sprache des internationalen Kapitals wird auch ohne Sprachkenntnisse in allen Ländern verstanden.

Die Sozialdemokratie glaubt, daß die alliierte Politik von den ersten beiden Möglichkeiten, die der Plan läßt, keinen Gebrauch macht. Sie fühlt sich zu der Forderung berechtigt, daß derartige ungeheuerliche Methoden — obwohl sie in ähnlicher Weise von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführt wurden — nicht gegenüber dem deutschen Volke angewandt werden, um nicht zum Ausdruck zu bringen, daß diese Methoden eines Millionensterbens zu einer neuen Regel in den Beziehungen zwischen den Völkern wird.

Die Sozialdemokratie weiß, daß im Ausland Mißtrauen und Haß gegenüber Deutschland besteht. Sie findet diese Einstellung der gerade von Deutschen besetzt gewesenen Länder verständlich und begreiflich.

Die Sozialdemokratie sieht jedoch keine Möglichkeit, daß auf der Grundlage von Haß und Mißtrauen eine schöpferische und positive Politik geleistet werden kann.

Die alliierten Siegerstaaten haben in den von Deutschland besetzt gewesenen Ländern eine Widerstandsbewegung anerkannt und dieser Widerstandsbewegung ein besonderes Vertrauen zugebracht und ihr besondere Aufgaben übertragen. Die Sozialdemokratie muß verlangen, daß aus den gleichen Gründen auch der deutschen Widerstandsbewegung, die sich vorwiegend in den Reihen der Sozialdemokratie befindet, das gleiche Vertrauen und das gleiche Recht entgegengebracht wird. Daß die deutsche Widerstandsbewegung nicht mehr erreicht hat, ist weder ein Beweis gegen ihre Energie noch gegen ihre Leistungen. Auch die Widerstandsbewegung der übrigen Länder — man braucht nur zu denken an das tapfere Volk der Norweger — haben eine Befreiung nur durch die Waffen der Alliierten erreichen können.

Die deutsche Widerstandsbewegung fühlt sich daher nicht minderen Rechtes bei ihrem Willen, am Aufbau Europas mitzuarbeiten, als jene Engländer, Amerikaner und Franzosen, die 1936 bei den Olympischen Spielen dem Pathos des „Dritten Reiches“ zugejubelt haben. Die deutsche Widerstandsbewegung fühlt sich gleichberechtigt mit jenen englischen Stahlindustriellen, die 1939 in Düsseldorf über die Höhe der Stahlquoten verhandelten und lediglich durch den Einmarsch der Hitler-Truppen in die Tschechoslowakei von den Verhandlungen nach London zurückgerufen wurden.

Wenn die europäischen Länder Sicherheit verlangen, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß dieser ihrer Forderung Genüge geleistet wird. Die Sozialdemokratie versteht insbesondere diese Forderung Frankreichs, das in wenigen Jahrzehnten dreimal eine deutsche Invasion erleben mußte.

Die Welt darf allerdings versichert sein, daß gerade auch der deutsche Arbeiter das gleiche Bedürfnis nach Sicherheit hat und endlich eine Lösung des Sicherheitsproblems in einer nur allein wirksamen Regelung zu finden erwartet.

Es darf zukünftig nicht noch einmal vorkommen, daß die Ideologie einer Nationalität ständig neue Triebkräfte dadurch erhält, daß Friedensverträge mit einer ungleichen Verteilung von Rechten und mit ungleichen Auswirkungen auf die Wirtschaft getätigt werden. Die Fehler nach dem ersten Weltkrieg haben aller Welt deutlich gemacht, daß militärische Maßnahmen und strategische Grenzziehungen keine Mittel sind, diesen Konfliktstoff zu beseitigen.

Die Frage der Sicherheit ist untrennbar mit der Frage der Gerechtigkeit verknüpft. Eine Gerechtigkeit ist nur möglich in einem Europa, in welchem den Nationalstaaten bei voller Würdigung der kulturellen Interessen aller Völker und Rassen eine planwirtschaftliche Organisation übergeordnet ist. Die Wirtschaft des neuen Europa ist aufzubauen im Rahmen einer europäischen Arbeitsteilung, so daß die enge Verzahnung und Verknüpfung jede Möglichkeit eines Krieges für jeden Staat in Europa ausschließt.

Es ist daher die Aufgabe, nicht die deutsche Wirtschaft zu zerstören, sondern Europa wiederaufzubauen.

SCHRIFTENREIHE VOLK UND ZEIT

Bereits erschienen:

„DER WEG IN DIE ZUKUNFT“ von Alex Möller

„BILDUNG IM NEUEN GEISTE“ von Alois Kimmelmann

„FRAU UND POLITIK“ von Anna Haag

„FÜR RELIGION UND SOZIALISMUS“ v. Dr. Heinrich Dietrich

„AN DIE JUNGE GENERATION“ von Hellmut Stutz

„UM DIE SOZIALVERSICHERUNG“ von Ludwig Häffele

„SCHULE, ERZIEHUNG UND LEBEN“ von Kurt Löwenstein

„SOZIALISTISCHES WIRTSCHAFTSPROGRAMM“

von Dr. Victor Agartz

*

In Vorbereitung sind und erscheinen demnächst:

„DER SPORT“ von Hermann Walter